

## **Antrag**

**der Abgeordneten Martina Koeppen, Matthias Czech, Gabi Dobusch,  
Sabine Jansen, Dirk Kienscherf, Dr. Christel Oldenburg, Lars Pochnicht,  
Michael Weinreich, Dagmar Wiedemann (SPD) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten Olaf Duge, Miriam Block, Rosa Domm, Gerrit Fuß,  
Dominik Lorenzen, Zohra Mojadeddi, Johannes Alexander Müller,  
Andrea Nunne, Dr. Miriam Putz, Dr. Gudrun Schittek, Ulrike Sparr (GRÜNE)  
und Fraktion**

### **Betr.: Studie zur Entwicklung des Wohnverhaltens**

Die Hamburger Wohnungsbaupolitik ist erfolgreich. Das belegt nicht zuletzt der Hamburger Mietenspiegel von 2019 mit einem jährlichen Mietenanstieg unter der allgemeinen Preissteigerung. Der Neubau befand sich zu Beginn der Corona-Pandemie auf einem Rekordniveau. Insgesamt wurden in Hamburg in den letzten zehn Jahren bereits über 66.000 neue Wohnungen fertiggestellt. Hamburg will auch weiterhin jährlich 10.000 Baugenehmigungen per annum auf den Weg bringen. Klar ist, Rot-Grün wird in der 22. Legislaturperiode den Bau bezahlbarer Wohnungen weiter ausbauen und sich damit einer der zentralen sozialen Herausforderungen weiterhin widmen.

Gleichzeitig werden SPD und GRÜNE gemeinsam mit der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft und den Mieterorganisationen auf neue Formen des Bauens und sich ändernde Wünsche des Zusammenlebens eingehen: Neben nachhaltigen und zukunftsweisenden Bauweisen werden auch innovative Wohnformen und Wohnkonzepte in den Fokus des Wohnungsbaus rücken. Dabei stellt auch die aktuelle Entwicklung in Zeiten einer Pandemie eine neue Herausforderung dar, die Auswirkungen auf das Wohnverhalten der Hamburgerinnen und Hamburger nach sich ziehen kann.

Wichtige Zukunftsfragen werden in den Metropolen der Welt entschieden, so auch die erfolgreiche Bekämpfung der aktuellen Pandemie. Derzeit arbeiten viele Menschen, wenn möglich, von zu Hause. Der Wunsch nach frischer Luft und die Möglichkeit, auf Distanz in einer Stadtgesellschaft zusammenzuleben, ist groß beziehungsweise zurzeit notwendig. Gleichzeitig sind Gemeinschaft und Zusammenhalt für eine gute und funktionierende freie Gesellschaft unerlässliche Grundpfeiler.

Wohnen, Mobilität, Freizeit und Arbeit unterliegen ständigen und dynamischen Änderungsprozessen. Diese gilt es frühzeitig zu erkennen, in Verbindung zueinander zu setzen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen auch für Stadtplanungsprozesse zu ziehen. Unterschiedliche Zielgruppen können dabei voneinander abweichende Interessen und Wünsche haben, die es bei der Raum- und Siedlungsplanung zu berücksichtigen gilt. Dieses betrifft insbesondere auch bereits ersichtliche und noch eventuell sich entwickelnde coronabedingte Abwägungen und Veränderungen bei den Wünschen an Wohnformen und die räumliche Umgebung des eigenen Zuhauses, des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie Erreichbarkeiten und technische Anforderungen zum Beispiel in puncto Digitalisierung.

Daher gilt es, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Corona-Pandemie, Abwägungen beim individuellen Wohnverhalten, Platzbedürfnissen, Sicherung von Gemeinschaftsstrukturen und daraus sich ableitenden Umwandlungsnotwendigkeiten im Bestand sowie Planungserfordernissen beim Neubau mithilfe einer umfassenden wissenschaftlichen Studie zu begleiten.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. eine wissenschaftliche Studie zur Entwicklung des Wohnverhaltens und von Wohnformen in Hamburg in Auftrag zu geben. In dieser Studie sollen insbesondere folgende Aspekte sowohl vor dem Hintergrund längerfristiger (und pandemie-unabhängiger) Trends als auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Anpassungen während der Corona-Pandemie berücksichtigt werden:
  - a. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Wohnen in Hamburg,
  - b. Nicht pandemieverursachte Trends im Wohnverhalten in Hamburg,
  - c. Arbeiten im Rahmen von Homeoffice und neue Arbeitsmodelle (New Work),
  - d. Potenziale für die Umwandlung von Gewerberäumen zu Wohnzwecken,
  - e. Raumentwicklung und Siedlungsplanung,
  - f. Zielgruppenspezifische und soziodemografische Aspekte des Wohnens zum Beispiel von Studentinnen und Studenten, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehenden und Familien,
  - g. Eigenheim und Mieten,
  - h. Mietpreisentwicklung,
  - i. Zusammenleben und Nachbarschaften,
  - j. Veränderungswünsche unter anderem in puncto Wohngröße, Grundriss, Flexibilität, Bedarf an Gärten und Balkonen, Wohnen im Innen- oder Außenbereich und räumliche Umgebung,
  - k. Nähe zu Dienstleistungs- und Freizeitangeboten,
  - l. Auswirkungen auf die Wohnungswirtschaft und den Wohnungsmarkt.
2. gemeinsam mit den Partnern in der Metropolregion die Ergebnisse der Studie zu bewerten und gegebenenfalls in weitere (Arbeits-)Zusammenhänge einfließen zu lassen;
3. der Bürgerschaft bis Ende 2022 einen Bericht vorzulegen.